

Linz, am 02.04.2024

EU-Green Deal-Bürokratie – Grüne Planwirtschaft?

Bürokratieabbau, das Bekenntnis der Konsumenten zur heimischen Landwirtschaft, Planungssicherheit etc. – all das brauchen bäuerliche Familienbetriebe um in der Zukunft bestehen zu können. Eine „grüne Planwirtschaft“ ist da fehl am Platz.

Volatile Märkte, steigende gesetzliche Auflagen und die wachsenden Anforderungen der Gesellschaft stellen die Landwirtschaft zunehmend vor Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen ändern sich oft schneller, als sich die investitionsintensive Landwirtschaft anpassen kann.

„Die Landwirtschaft ist bereit, sich aktiv den großen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen“, bekräftigt OÖ Bauernbund-Landesobfrau LRⁱⁿ Michaela Langer-Weninger. „Wir sind Teil der Lösung beim Klima-, Umwelt- und Artenschutz. Diese Krisen werden wir aber nicht mit pauschalen Auflagen, Verboten oder mehr Bürokratie bewältigen, sondern wir müssen diesen mit Innovationen und Unternehmergeist begegnen – und es muss den Bäuerinnen und Bauern auch die notwendige Zeit der Umstellung gegeben werden.“

In diesem Zusammenhang begrüßt die Landesobfrau und Landesrätin den Legislativvorschlag der EU-Kommission zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes für die Bäuerinnen und Bauern. Der Vorschlag ist ein erster, wichtiger Schritt, um einerseits die Rolle der GAP bei der Unterstützung des Überganges der EU-Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit beizubehalten und andererseits den Erwartungen der Landwirte entgegenzukommen.

„Wichtig ist nun eine rasche Einigung zwischen dem EU-Parlament und dem Rat, damit es nicht zu weiteren, unnötigen Verzögerungen kommt“, so Langer-Weninger.

Balance der Ziele wahren und die EU als Produktionsstandort stärken

Das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa sowie zu der von der EU mit dem Green Deal angestrebten Zielen hinsichtlich des Umwelt- und Klimaschutzes ist unbestritten. Allerdings ignorieren die Ziele des Green Deals fundamentale Zielkonflikte und gefährden in ihrer Ausgestaltung die Versorgungssicherheit sowie europäische Standards. Die eigentlichen Nachhaltigkeitsziele drohen durch Produktionsverlagerungen in Drittländer und damit einhergehend einem absehbar höheren Importbedarf konterkariert zu werden.

„Künftig muss es verstärkt darum gehen, wie die landwirtschaftlichen Betriebe die notwendigen Anpassungen leisten und gleichzeitig im Wettbewerb bestehen können. Die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel und in weiterer Folge die Versorgungssicherheit müssen wieder eine hohe politische Priorität bekommen. Hierfür benötigen unsere Betriebe die passenden politischen Rahmenbedingungen und darüber hinaus die Bereitschaft der Gesellschaft, die vielfältigen Leistungen der Familien auf den Höfen auch entsprechend zu honorieren“, so Langer-Weninger abschließend.

+++

Rückfragenhinweis:

OÖ Bauernbund
+43 732 773866

office@ooe.bauernbund.at